

**Zeitschrift:** Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

**Band:** 264 (1991)

**Rubrik:** Weltchronik

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Weltchronik

vom 15. Mai 1989 bis 15. Mai 1990

Unerwartete, völlig unvorhersehbare Ereignisse und Entwicklungen von epochaler Bedeutung treten nur äusserst selten mit umwender Plötzlichkeit in Erscheinung. In der Regel gibt es deutliche Voranzeichen am Horizont, was sich an tiefgreifenden Wandlungen in geschichtlicher Dimension anbahnt oder doch als Möglichkeit in Rechnung setzen liesse. Aber für einmal hat im Berichtsjahr 1989/90 die Weltuhr der Geschichte ohne jede Vorankündigung einen mehr als nur bemerkenswerten Sprung gemacht. Es hat uns eine Stunde geschlagen, die vorher so gut wie undenkbar gewesen war: In Europa hat nämlich die Stunde der Wahrheit des «real existierenden Sozialismus» und zugleich vielleicht auch die Sterbeglocke des marxistischen Fundaments des Kommunismus geschlagen!

In der Tat sind bis zum Jahresende 1989 im Satellitengürtel, den sich die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg vorgeschnallt hatte, sämtliche bisher gewaltsam linientreu gehaltenen kommunistischen Marionetten-Regierungen der Reihe nach weggefegt und die dort stellvertretend herrschenden kommunistischen Parteien von der Macht verdrängt worden. Nur in Albanien hält sich, wohl auf Zusehen hin, noch eine lehrbuchmässig nach dem marxistisch-leninistischen System funktionierende «Diktatur des Proletariats» selbsttherrlich an der Macht. Überall sonst in Europa ist, unter dem direkten oder indirekten Einfluss der in der Sowjetunion von Gorbatschow ausgelösten neuen Politik im Zeichen von Perestrojka und Glasnost, die Ära der seit dem Zweiten Weltkrieg den osteuropäischen Völkern von der Sowjetunion aufgezwungenen Gewalt- und Willkürherrschaft nun abrupt – und mit Ausnahme Rumäniens erstaunlicherweise auch ohne Blutvergiessen – zu Ende gegangen.

Dazu der für die Fundiertheit seines Urteils bekannte, inzwischen emeritierte Berner Histo-

riker Prof. Walther Hofer in einem vielbeachteten Artikel: «Dieser gewaltige Volksaufstand bzw. Völkeraufstand, der sich mit eiserner Logik von einem Land zum anderen ausbreitet und inzwischen das ganze (ehemalige) Satellitenreich der Sowjetunion erfasst hat, ist die grösste wahrhaftige Volksrevolution, die es jemals gegeben hat. Wir sind in der Tat Zeugen der Geburt einer neuen Ära der Weltgeschichte. Was sie alles bringen wird, vermögen wir noch nicht abzuschätzen. Doch was sie zu Ende bringt, das liegt ziemlich klar auf der Hand.»

\* \* \*

Nach dieser summarischen Würdigung der spektakulären Veränderungen in Osteuropa nun der Film des Geschehens: Den Auftakt bildeten die Parlamentswahlen vom 4. Juni in Polen, wo die von den Kommunisten gezimmerte Regierungskoalition ein denkwürdiges Debakel erlitt. Die Gewerkschaftsbewegung «Solidarnosc», nach jahrelangem Verbot wieder zugelassen, gewann fast alle der nicht den Kommunisten gesetzlich reservierten Parlamentssitze. Die Folge war die kühne und schockartig wirkende Durchsetzung eines liberalen Regierungs- und Wirtschaftsprogramms. Insbesondere wurden rigorose Massnahmen zur Rückkehr zur freien marktwirtschaftlichen Preisbildung und zur Stabilisierung der Landeswährung auf einem realistischen Niveau ergriffen. Das führte zunächst zu einem starken Zerfall des Realeinkommens. Die Disziplin und Opferbereitschaft, welche die polnische Bevölkerung in dieser schmerhaften Übergangsphase an den Tag legte, war beispielhaft für den nationalen Konsens und das Ansehen, das der nun in der Regierungsverantwortung stehende «Solidarnosc» für die Zumutungen der äusserst schwierigen Sanierungsmassnahmen zustatten kommt. Am Ende der Berichtsperiode war freilich die Durststrecke in Polen noch nicht durchlaufen; aber es zeigten sich, nicht zuletzt wegen der aus dem Westen zur Verfügung gestellten finanziellen Unterstützung, die ersten Lichtblicke am Horizont.

Am weitesten fortgeschritten war der Liberalisierungsprozess zu Beginn der Berichtsperiode bereits in *Ungarn*. Dort sagte sich die Staatspartei vom kommunistischen Dogma und von ihrer Führungsrolle im Staat los. Die Bezeichnung «Volksrepublik» wurde vom Parlament ausgeradiert. Die Öffnung der Grenze gegenüber dem benachbarten Österreich hatte Signalwirkung und sollte von geradezu ausschlaggebender Bedeutung werden für die politische Entwicklung auch in der DDR und in der Tschechoslowakei, handelte es sich doch zum erstenmal um eine praktische Durchlöcherung des Eisernen Vorhangs zwischen Ost und West. Die ersten freien Parlamentswahlen in Ungarn erfolgten freilich erst im Frühjahr 1990, wobei die Linke in Form von zwei kommunistischen Nachfolgeparteien der vormaligen Staatspartei nur noch 15% der Stimmen machte, das «Demokratische Forum» klar siegte und eine bürgerliche Regierung eingesetzt wurde. Auch in Ungarn bemüht man sich um die Restitution der Marktwirtschaft und die Wiederherstellung von Privat-eigentum an den Produktionsmitteln, übrigens unter ähnlichen Schwierigkeiten wie in Polen.

\* \* \*

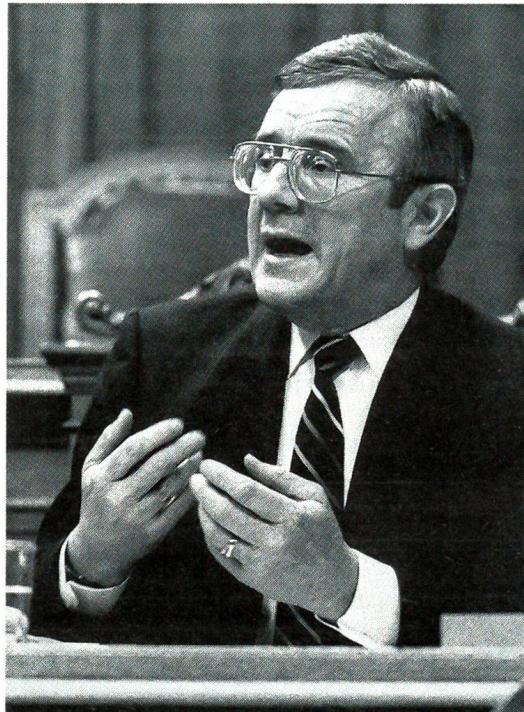
Von wirklich umwälzender Bedeutung waren die Ereignisse im Zeichen der Liberalisierung in der DDR. Hier war es seit dem späten Sommer in manchen Städten zu offen regierungs- und re-

gimefeindlichen Strassendemonstrationen gekommen, was die Regierung unter Honecker bewog, die bislang sehr strengen Reisebeschränkungen der Bevölkerung zu lockern. Hierauf begann sich prompt ein Massenexodus von «Ferienreisenden» nach anderen Ostblockländern in Bewegung zu setzen. Auf dem Umweg über

Ungarn, aber auch über Prag, gelangten Zehntausende von Flüchtlingen schliesslich in die BRD. Am 7. Oktober konnte die DDR den 40. Jahrestag ihrer Gründung feiern, bei welcher Gelegenheit es zu unmissverständlichen Demonstrationen gegen das längst unerträglich gewordene Willkürregime kam, das sich dem Beispiel von Perestrojka und Glasnost nicht zu unterziehen gedachte. Der anlässlich des Jubiläums als Ehrengast anwesende sowjetische Parteichef Gorbatschow soll Honecker aufgefordert haben, diese Reformen nun nachzuholen, weil «das Leben denjenigen bestraft, der zu spät kommt». Diesem Wink folgend fassten die füh-

renden Gremien der kommunistischen Staatspartei SED umgehend den Beschluss, Honecker zu ersetzen, was aber die sich rapid ausbreitende Protestwelle und Fluchtbewegung nicht mehr eindämmen konnte.

Am 9. November erfolgte das offizielle Zugeständnis uneingeschränkter Privatreisen, worauf in der Nacht zum 10. November Zehntausende von Bewohnern der DDR über die nun nach so vielen Jahren endlich wieder geöffnete deutsch-deutsche Grenze strömten. Die be-



*Arnold Koller*  
Bundespräsident für das Jahr 1990  
(Photo Hansueli Trachs, Bern)

rüchtigte Mauer als sichtbare und hermetische Trennung der beiden Teile Deutschlands fiel plötzlich unter einem unbeschreiblichen Freudentaumel dahin! Gleichentags wurden in Ost-Berlin freie Wahlen angekündigt. Unter dem neu eingesetzten Regierungschef Modrow wurde alsbald auch die führende Rolle der SED als Staatspartei aus der Verfassung der DDR gestrichen. Aber angesichts des entfeselten Volkszorns war weder die SED noch auch die DDR als glaubwürdige Institution zu retten: Vom Dezember an schwoll in den sich unablässig wiederholenden Massendemonstrationen der Ruf nach rascher Vereinigung der beiden deutschen Staaten an, wahrscheinlich ausgelöst durch ein am 28. November von Bundeskanzler Kohl dem deutschen Bundestag in Bonn unterbreitetes neues Zehn-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik, welches «die Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands» als Ziel suggerierte.

Die nächste Phase in dieser dramatischen Entwicklung war gekennzeichnet durch Verhandlungen an einem auf Einladung der Kir-

chen veranstalteten «Runden Tisch», der zu pragmatischen Übereinkünften und Richtlinien für politische Reformen innerhalb der DDR führen sollte. Zwischen dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Modrow und Bundeskanzler Kohl wurde kurz vor Weihnachten in Dresden eine Vertragsgemeinschaft zwischen BRD und DDR in Aussicht genommen, während am «Runden Tisch» die freien Wahlen in die Volkskammer der DDR auf den 18. März festgelegt wurden. Anfangs Februar wurde eine neue «Regierung der nationalen Verantwortung» eingesetzt, welche die bisherige, provisorische Koalition auf 13 verschiedene Parteien ausdehnte.

Überraschenderweise erwies sich in den Parlamentswahlen in der DDR die CDU am erfolgreichsten, die mit anderen, kleineren Parteien für eine rasche Wiedervereinigung eintrat. Diese «Allianz für Deutschland» musterte über 48% aller Wählerstimmen. Dem Vorsitzenden der CDU in der DDR, Lothar de Maizière, wurde die Regierungsbildung übertragen, welche schliesslich in einer grossen Koalition mit der SPD, der zweitstärksten Partei, gipfelte. Die SED, umgestaltet und unter neuem Parteinamen, konnte gerade noch 16,33% der Stimmen auf sich ziehen; sie bildet somit nur eine schwache Opposition.

\* \* \*

Aufgrund der völkerrechtlichen Situation, wie sie mit dem Untergang des Deutschen Reichs am Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden ist, kann die Wiedervereinigung Deutschlands nicht ohne Zustimmung der Siegermächte stattfinden. Vor allem



*Historische Umwälzungen in Osteuropa*

In Prag wird Alexander Dubcek, der Held des Prager Frühlings von 1968, von über 250 000 Personen begeistert begrüßt.

(Photo Ringier Dokumentationszentrum, Zürich)

in Sicherheitsfragen haben sie immer noch ein gewichtiges Wort mitzureden. Von Seiten der drei grossen westlichen Mächte ist allerdings gegenüber den deutschen Plänen keine Opposition erfolgt. Es war lediglich die Sowjetunion, die sich anfänglich dieser Absicht widersetzt; sie gab dann aber unter gewissen Vorbehalten dafür ebenfalls grünes Licht. Die sowjetischen Bedenken beziehen sich auf die Veränderung der militärisch-strategischen Lage in Mitteleuropa und auf die Befürchtung, dass ein vereinigtes Deutschland wegen seiner demographischen und seiner wirtschaftlichen Stärke übermächtig und für den Frieden in Europa wieder zu einer Gefahr werden könnte. An einer die vier Grossmächte unter den Siegern und die beiden deutschen Staaten umfassenden Konferenz, zu welcher wegen der heiklen Frage der Oder-Neisse-Grenze auch Polen zugezogen werden soll, werden die europäischen Sicherheitsaspekte, die mit dem Schicksal von Nato und Warschauer Pakt eng verwoben sind und das Problem der Anwesenheit von sowjetischen Truppen in Ostdeutschland und amerikanischen, britischen und französischen Truppen auf dem Territorium der Bundesrepublik umfassen, zu behandeln sein. Eine Neutralisierung Deutschlands, wie sie 1952 schon von Stalin einmal vorgeschlagen worden war, kommt in der Sicht der Westmächte keinesfalls in Frage, während andererseits für die Sowjetunion der Einbezug des Territoriums der heutigen DDR in die Nato unannehmbar ist.

\* \* \*



*Massenausreise von DDR-Bürgern*

Vor dem Fall der Mauer und der Öffnung der Grenzen reisten Tausende von ehemaligen DDR-Bürgern über Ungarn, die Tschechoslowakei und Österreich nach der Bundesrepublik Deutschland.

(Photo Ringier Dokumentationszentrum, Zürich)

Dank der Entspannungspolitik Gorbatschows hat die *Sowjetunion* in ihren aussenpolitischen Beziehungen inzwischen einen beträchtlichen internationalen Goodwill zurückgewinnen können. Die sowjetischen Bemühungen gehen darauf aus, in möglichst allen Richtungen die durch ihr vormaliges provokatives und aggressives Verhalten selbstverschuldete Isolierung zu durchbrechen und als vertrauenswürdig und kooperationswillig betrachtet zu werden. So kam es am 15. Mai zum erstenmal seit 30 Jahren wieder zu einem Gipfeltreffen mit *China*. Nicht nur in Europa, auch an der Grenze zu China will die Sowjetunion sukzessive ihre Truppenbestände reduzieren. In der Mongolei hat dieser Abzug bereits begonnen. *China* will seinerseits die Grenztruppen in jenem Gebiet ausdünnen, und die Verhandlungen über die zwischen den beiden Staaten noch immer bestehenden Grenzziehungsprobleme sollen beschleunigt werden, damit dieser historische Zankapfel ein für allemal entfällt.



*Historische Umwälzungen in Osteuropa*

Zu Tausenden strömen die Berliner durch das wiedergeöffnete Brandenburger Tor in Berlin.

(Photo Ringier Dokumentationszentrum, Zürich)

Dieser Wiederannäherungsversuch stand allerdings insofern unter keinem glücklichen Stern, als es in Peking just während der Anwesenheit Gorbatschows zu Massendemonstrationen kam, welche damals bereits im Gang befindliche Studentenmanifestationen zugunsten eines freiheitlicheren Regimes in China unterstützten. Offensichtlich hatten die politischen Reformen in der UdSSR inspirierend gewirkt, was die Begegnung Gorbatschows mit Deng Hsiao-ping atmosphärisch stark belastete. Als wenig später, am 4. Juni 1989, die chinesische Volksarmee die Studentendemonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking unter Anrichtung eines schrecklichen Blutbads auflöste, näherten sich die sowjetisch-chinesischen Beziehungen wieder dem Gefrierpunkt. Es ist bezeichnend, dass der erst im Frühjahr 1990 erfolgende Gegenbesuch Li Pengs – Deng hatte sich inzwischen von allen Staatsgeschäften zurückgezogen – auf das protokollarische Minimum beschränkt blieb.

Demgegenüber waren alle diplomatischen Ouvertüren der Sowjetunion in anderen Richtungen durchwegs von Erfolg gekrönt. Auf dem Weg zu einem neuerlichen Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush besuchte Gorbatschow, was noch niemals zuvor seitens eines sowjetischen Potentaten geschehen ist, den Papst in Rom. Eine solche Geste wäre noch vor wenigen Jahren völlig undenkbar gewesen! Zwei Tage später fand auf sturmgepeitschter See vor Malta das Treffen mit Bush statt. In dessen Verlauf wurde das Ende des Kalten Kriegs verkündet und der gemeinsame

Wille bekräftigt, den neuerdings in Gang gekommenen Abrüstungsprozess weiter zu verfolgen. Die grosse Zahl von Besuchen westlicher Regierungsvertreter in Moskau während des Berichtsjahres zeigt, dass die Entspannung sich nicht nur auf die beiden Supermächte sondern auch auf die westlichen Staaten in Europa erstreckt, die sich von der vormaligen Bedrohung aus dem Osten nun befreit fühlen.

\* \* \*

Während sich Gorbatschow im westlichen Ausland wachsender Beliebtheit erfreut, steht es um die grundlegenden Reformen im Innern der Sowjetunion im Zeitverlauf zunehmend weniger gut. Das Erwachen eines sich militant gebärdenden Nationalismus in vielen Teilen der UdSSR macht ihm arg zu schaffen. In einer ganzen Anzahl von Unionsrepubliken ist es im vergangenen Jahr zu Unruhen und Gewaltsze-

nen gekommen, deren Wurzel das dort wieder erwachte völkische Identitätsbewusstsein ist. Widerborstig sind vor allem die an der Peripherie siedelnden nicht-slawischen Völker geworden, so im islamischen Süden, im Transkaukasus und im Baltikum. Die Kehrseite der offiziellen Liberalisierungspolitik der Zentralgewalt beginnt sich hier unerwartet vehement zu zeigen und zu einer Bedrohung der Einheit des Sowjet-Imperiums ebenso wie der Stellung der gegenwärtigen Führung im Kreml zu werden. Dadurch sieht sich Gorbatschow in ein schweres Dilemma gestürzt. Zwar hat er noch rechtzeitig seine persönliche Machtstellung durch geschickte institutionelle Veränderungen – unter anderen durch ein neues Präsidialsystem mit fast diktatorischen Kompetenzen – verstärkt; aber gleichzeitig sieht er sich gezwungen, auf eine harte Reaktion bei Provokation und Widersetzlichkeiten zu verzichten, weil das den Reformwillen unter dem Signet von Perestrojka und Glasnost mit einem Schlag irreparabel diskreditieren würde.

Dessen eingedenk hat Gorbatschow in der Auseinandersetzung mit den nach der Wiedergewinnung ihrer Unabhängigkeit strebenden baltischen Staaten bisher von direkter Gewaltanwendung abgesehen. Andererseits bestrafte er aber doch das Vorprellen Litauens mit dessen einseitiger Unabhängigkeitserklärung vom 11. März mit schikanösen Wirtschaftssanktionen. Dieses ungereimte Verhalten deutet Unsicherheit und Ratlosigkeit über den für den strukturellen Umbau im Innern der Sowjetunion zu befolgenden Weg an. Es steht in auffallendem Gegensatz zur weitsichtigen und klugen Flexibilität, wie sie außerhalb der Grenzen der Sowjetunion praktiziert worden ist. Wenn im Streit mit den zentrifugalen Aspirationen der Nationalitäten innerhalb des sowjetischen Staatsverbands kein Ausweg über Konzessionen der Zentralgewalt und tragbare Kompromisse auf Gegenseitigkeit gefunden werden können, ist mit Folgen von unabsehbarer politischer Tragweite später zu rechnen!

Parallel zu den Desintegrationserscheinungen dieser Art ist innerhalb der Sowjetunion in der Ära Gorbatschow bis jetzt keine Verbesserung,

sondern vielmehr eine deutliche Verschlechterung der Wirtschaftslage festzustellen. Die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs wird zusehends kritischer, die Desorganisation nimmt zu, und der Rubel verliert unter der Hand immer mehr an Kaufkraft und Vertrauen. Streikhandlungen grösseren Ausmaßes und andere Zeichen der allgemeinen Unzufriedenheit über das Ausbleiben positiver materieller Auswirkungen der Reformen sind ungünstige Omen. Es kann nicht verwundern, ist aber ein Alarmzeichen erster Ordnung, dass Gorbatschow am Umzug zum 1. Mai in Moskau von der Menge ausgepfiffen worden ist. Die Gefahr besteht, dass die im Gegensatz zu den politischen Reformen anfänglich nur zögernd und erst spät eingeleiteten, tiefgreifende-



*Historische Umwälzungen in Osteuropa*  
Der ostdeutsche Grenzsoldat lacht durch ein Loch in der  
Berliner Mauer (November 1989).  
(Photo Weltwoche Bilderdienst, Zürich)

ren wirtschaftlichen Reformen an der dem Volk zugemuteten Durststrecke scheitern könnten, weil die nicht enden wollenden und neuen Schwierigkeiten nicht als die Folge des Versagens des planwirtschaftlichen Systems mit seinen unzulänglichen Leistungsanreizen und organisatorischen Mängeln erkannt, sondern fälschlicherweise allein als Folge der Reformbestrebungen angesehen werden. Ge-  
bannt blickt man auf die Fortsetzung dieses Kapitels.

\* \* \*

Angesichts der vorstehend skizzierten La-  
wine von gewaltigen Veränderungen in Europa  
verblassen alle anderen normalerweise festzu-  
haltenden Geschehnisse auf der Bühne des Weltgeschehens weitgehend. Der Zufall will es, dass ausgerechnet in dieses neue Schick-

salsjahr das Zweihundert-Jahr-Jubiläum der Französischen Revolution fiel, die 1789 mit dem Sturm auf die Bastille in Paris ihren dramatischen Auftakt nahm. In ganz Frankreich ist dieser Gedenktag unter grossem Aufwand gebührend gefeiert worden. In der *Bundesrepublik Deutschland* fanden am 13. Mai 1990 in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Landtagswahlen statt, welche im letzteren Bundesland die Vorherrschaft der SPD bestätigten und im ersten zu einem Parteienwechsel von der CDU zur SPD führten. Für Bundeskanzler Kohl und die CDU bedeuteten diese Wahlen eine um so grössere Enttäuschung, als sie sich auf Grund des Triumphs der CDU über die SPD in den Volkskammer-Wahlen in der DDR in der BRD im Aufwind wähnten. Die Zuver-  
sicht, dass die CDU und die gegenwärtige Regierungskoalition mit der FDP unter Kohl die auf den kommenden Dezember anberaumten Bundestagswahlen heil überstehen, ist damit wieder sehr viel geringer geworden.

Auch in *Italien* gaben Wahlen zu reden. In den Regionalwahlen von Anfang Mai 1990 hat der Regionalismus auf Kosten der traditionellen Parteien unerwartet viel Zulauf erhalten. Namentlich in der Lombardei scheint sich die Ab-  
sage an den von Rom repräsentierten Zentralis-  
mus zu verstärken und die «Lega Lombarda» zu einem bedeutsamen politischen Faktor zu werden. Am 23. Juli kam es zu einer neuen Koali-  
tionsregierung, an welcher sich die Christdemokraten, die Sozialisten, die Sozialdemokra-  
ten, Republikaner und die Liberalen beteiligen.  
Zum sechstenmal amtet



200 Jahre seit der Französischen Revolution von 1789

Mit grossen Festlichkeiten beging unser Nachbarland Frankreich dieses historische Jubiläum. Ein grosses Feuerwerk an der Place de la Concorde in Paris (unser Bild) gehörte zu den Höhepunkten des Eröffnungsanlasses.

(Photo Weltwoche Bildarchiv, Zürich)

Giulio Andreotti (CD) als Ministerpräsident. In Grossbritannien erwächst neuerdings der langjährigen Ministerpräsidentin Thatcher ungewohnte Opposition sowohl in der hauseigenen Konservativen Partei wie auch seitens der nach einem bedenklichen Wellental wieder an politischer Glaubwürdigkeit gewinnenden Labour-Partei. Die letztere gewann in Nachwahlen auch Parlamentssitze, die als für die Tories sicher galten. Unpopulär machte sich die Konservative Partei mit Mrs. Thatcher vor allem mit der Einführung der sogenannten Poll Tax, einer Art von lokaler Kopfsteuer, welche die bisherigen «Rates» auf dem Hausbesitz ablösen soll. Demonstrationen, die in Gewalt ausarteten, waren die Folge. In Spanien gewannen die Sozialisten unter Gonzales zum drittenmal die Parlamentswahlen, diesmal aber nur noch mit einer knappen Mehrheit der Sitze.

\* \* \*

Ausserhalb von Europa präsentieren sich die USA der Chronik mit einem schweren Erdbeben in Kalifornien am 17. Oktober, das grosse Schäden verursachte. Am 29. Mai machte Präsident Bush am Nato-Gipfel Vorschläge für amerikanische Truppenreduktionen in Europa, wobei er als gleichmässige Obergrenze für die USA und die UdSSR 275 000 Mann auf jeder Seite nannte. Am 20. Dezember lancierte Präsident Bush eine militärische Intervention in Panama, wo der anrüchigen Machtausübung von General Noriega, der eine Scharnierfunktion im interamerikanischen Drogenhandel ausgeübt hatte, ein Ende gemacht werden sollte. Es



*Erdbeben in San Francisco*

Über 250 Tote und Sachschaden in Milliardenhöhe forderte am 17. Oktober 1989 das zweite grosse Erdbeben dieses Jahrhunderts in San Francisco.  
(Photo Weltwoche Bilderdienst, Zürich)

kam zu Plündерungen und ausgedehnten Kriegsschäden; aber Noriega gelang die Flucht in die vatikanische Nuntiatur. Er stellte sich schliesslich den Amerikanern selber und soll abgeurteilt werden. Wie wichtig für die USA unter Bush der Kampf gegen das Übel der Drogen geworden ist, geht auch aus dem in Cartagena (Kolumbien) von ihm mit den Präsidenten von Kolumbien, Peru und Bolivien veranstalteten Drogen-Gipfel hervor, der dem Kokainhandel einen Riegel vorschieben sollte. Die USA sind bereit, diesen von der Drogenproduktion profitierenden Ländern für Einnahmenausfall und Produktionsumstellung auf andere Produkte eine entsprechend hohe Entschädigung zu entrichten!

Am 20. März ist Namibia (ehemals Südwest-Afrika) unter Aufsicht der UNO in die Unabhängigkeit entlassen worden. In Südafrika kam es am 14. August zwischen Präsident Botha und seinem designierten Nachfolger, de Klerk, zu schweren Meinungsverschiedenheiten, die zum Rücktritt Bothas und zur Übernahme der interistischen Staatsführung durch de Klerk führten. In den am 6. September folgenden



*Vor 50 Jahren: Kriegsmobilmachung in der Schweiz*  
Mehrere Gedenkausstellungen erinnerten an die Zeit der Mobilmachung im Jahre 1939. Unser Bild von der Ausstellung im Berner Kasernenareal zeigt damalige Artilleristen im Einsatz an einer 7,5-cm-Gebirgskanone.  
(Photo Ringier Dokumentationszentrum, Zürich)

Wahlen behielt die Nationale Partei die absolute Mehrheit, allerdings bei Sitzgewinnen sowohl der Konservativen wie auch der Liberalen. Am 11. Februar wurde Nelson Mandela aus jahrzehntelanger Haft entlassen, ohne dass er eine Zusage gemacht hätte, inskünftig in der Politik der Gewalt abzuschwören. Mandela ist nun Vizepräsident des ANC geworden und mit der Führung von Gesprächen mit de Klerk betraut. Dieser will die restlichen Apartheid-Gesetze bald zum Verschwinden bringen. In *Angola* kam es anfangs 1990 nochmals zu einer Offensive der Regierungstruppen gegen Savimbis Unita, die aber bei Mavinga zu einer vernichtenden Niederlage der Angreifer führte. Ein Waffenstillstand steht nunmehr in Aussicht.

In *Brasilien* ist am 17. Dezember Fernando Collor de Mello als Nachfolger von Präsident Sarney zum neuen Präsidenten gewählt und am 18. März in dieses Amt eingesetzt worden. Er schritt unverzüglich zu noch nie dagewesenen harten Sanierungsmassnahmen in Wirt-

schafts- und Finanzpolitik. Diese haben zunächst eine schwere Rezession bewirkt. *Mexiko*, das sich unter Präsident Salinas de Gortari einer vernünftigen Wirtschaftspolitik verschrieben hat, kam im Januar in den Genuss eines unter dem sogenannten Brady-Plan abgeschlossenen Umschuldungsabkommens über 48 Milliarden Dollar, fast der Hälfte seiner akkumulierten Aussenschulden. Im Gegensatz zu Argentinien und Brasilien ist es Mexiko gelungen, die Inflationsrate von schwindelnder Höhe wieder herunterzuzwingen.

Von grosser Bedeutung in Iberoamerika ist schliesslich die neue politische Entwicklung in *Nicaragua*. Am 26. Februar haben dort unter internationaler Aufsicht reelle, freie Wahlen stattgefunden, die ganz unerwartet den als Favoriten geltenden Sandinisten eine Niederlage beschert haben. Die von Violeta Chamorro angeführte Opposition erhielt die Stimmenmehrheit, worauf am 25. April die Machtübergabe stattfand. Allerdings stehen Armee und Polizei auch unter dem nun demokratischen Regime immer noch unter den Sandinisten, weshalb denn auch die Contra-Rebellen nur zum Teil die Waffen, wie eigentlich abgemacht, abgegeben haben. Die Situation ist auch wegen der zerrütteten Finanz- und Wirtschaftslage immer noch labil geblieben.

\* \* \*

In der *Schweiz* beschäftigten im Berichtsjahr zwei als sensationell betrachtete Ereignisse im Bereich der Innenpolitik die Gemüter stark.

Zum einen war es die Volksinitiative zur Abschaffung der Armee, zum anderen die sogenannte Fichen-Affäre, die aufgrund der Abklärungen der Parlamentarischen Untersuchungskommission im Fall Kopp durch die Enthüllung ausgelöst worden ist, in welchem ausgedehnten Mass über Jahre und Jahrzehnte hinweg seitens der Bundespolizei die politische Tätigkeit und selbst das Privatleben auch völlig unbescholtener Bürger überwacht und in Kartänen registriert worden ist. Im ersteren Fall wurde von den einem illusionären Pazifismus huldigenden Initianten Sinn und Zweck der Schweizer Armee in Frage gestellt, im letzteren Fall, ebenfalls von der linken Peripherie her, die Berechtigung der Abwehr von Subversion und Unterwanderung durch eine auf Umsturz bedachte «fünfte Kolonne».

Zwar hatte die Armeeabschaffungs-Initiative zum vornehmerein keine Chance; aber der Parteibeschluss der Sozialdemokraten, die Stimme freizugeben, verschaffte den Initianten Respektabilität, derer sie vorher durchaus nicht teilhaftig gewesen waren. Zwar darf der Ausgang der Abstimmung vom 26. November mit 64,4% Nein und 35,6% Ja durchaus als ein nationales Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung gewertet werden; aber die Anzahl der Ja-Stimmen war sehr viel höher als erwartet. Auch wenn der Ja-Parole eine grosse Zahl von rein symbolischen Proteststimmen zugute gekommen ist, kann nicht übersehen werden, dass sich immerhin ein Drittel aller Stimmenden bei hoher Stimmteilnahme (68,8%) gegen die Armee ausgesprochen hat! Zu denken geben muss, dass

offenbar der Anteil der jungen Generation an den Ja-Stimmen sehr viel grösser war als derjenige der älteren Jahrgänge. Es scheint, dass die Ära der Entspannung zwischen Ost und West und die Friedenseuphorie, die insbesondere durch den überraschenden Bruch der Mauer an der innerdeutschen Grenze kurz vorher überall ausgelöst worden ist, nicht ohne bedeutenden Einfluss auf das Stimmverhalten blieb. Gewisse Schlussfolgerungen werden gezogen werden müssen; und wäre es auch nur, dass die von Bundesrat Villiger schon im Mai 1989 angekündigte Armeereform nach dem Konzept «Armee 95», die eine Reorganisation und Bestandesreduktion bringen soll, dadurch begünstigt wird und eine vermehrte Akzentverschiebung im Einsatz der Armee von der Kampffunktion auf Katastrophenhilfe und friedenserhaltende Aktivitäten ausserhalb der Landesgrenzen erfolgt.

Was die sogenannte Fichen-Affäre betrifft, so hat kaum überrascht, dass der Staatsschutz von den zuständigen Behörden in den Zeiten



*Vor 50 Jahren: Kriegsmöbilmachung in der Schweiz*  
Vielerorts in der Schweiz gedachte man der Mobilmachung von 1939. Unser Bild zeigt den Gedenkanlass vom 1. September 1989 auf der historischen Rütliwiese.  
(Photo Keystone Press, Zürich)

der Nazi-Bedrohung und des Kalten Krieges so ernst genommen wurde und zu entsprechend eifrigen Vorsichtsmassnahmen geführt hat. Um so mehr Aufsehen machten dafür die vielen bürokratischen Exzesse, die mangelnde Systematik und die oft lächerlichen Lappalien, die in den rund 900 000 akkumulierten und niemals mehr überprüften Fichen zum Eintrag gekommen sind. Es war unter diesen Umständen leicht, die öffentlichen Reaktionen von interessierter Seite zu einer eigentlichen Hysterie aufzueitschen, in welcher die Medien sich gänzlich wälzen konnten. Das Vertrauen in gewisse Behörden mag unter diesen späten Enthüllungen etwas gelitten haben, eine Staatskrise ist daraus zu keinem Zeitpunkt entstanden. Die Einsetzung einer zweiten Parlamentarischen Untersuchungskommission und eines Fichen-Beauftragten, der allen Gesuchstellern Einblick in die inkriminierten Karteleinträge gewährt, ebenso wie die zu diesem Thema veranstaltete ausgiebige parlamentarische Debatte hat beruhigend gewirkt. Bundespräsident Koller hat in der Frühjahrssession im Nationalrat ein träfes Wort gefunden, als er sagte: «Die Stärke eines politischen Systems misst sich weniger an seinen Fehlern als an seiner Kraft, diese Fehler zu meistern und zu überwinden.»

\* \* \*

Zu dreien Malen fanden eidgenössische Urnengänge statt. Am 4. Juni lehnte der Souverän die Initiative «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken» mit 51%, allerdings bei 8 annehmenden Ständen, ab. Am 26. November wurde neben der Armeeabschaffungs-Initiative auch noch eine Initiative zugunsten höherer Geschwindigkeitsbeschränkungen (Tempo 130/100) abgelehnt. Schliesslich kam es zu einer ganzen Serie von Abstimmungsthemen im Urnengang vom 31. März, bei welcher Gelegenheit die Initiative «Stopp dem Beton» mit 71,5% Nein, die sogenannte Kleeblatt-Initiativen, die gegen drei noch nicht gebaute Autobahnstrecken gerichtet waren, mit zwischen 66 und 68,6% Nein-Stimmen, der Rebbaubefreiung

schluss mit 53,3% Nein-Stimmen und eine Änderung des Gesetzes über die Bundesrechtspflege mit 52,6% Nein-Stimmen abgelehnt wurden.

Grosses Aufsehen erregte wieder einmal Appenzell-Innerrhoden, wo die Landsgemeinde am 29. April nun schon zum drittenmal die Einführung des Frauenstimmrechts wuchtig abgelehnt hat. Dagegen ist eine Beschwerde beim Bundesgericht anhängig gemacht worden, das entscheiden muss, ob dadurch die Bundesverfassung in bezug auf deren Bestimmung über die Gleichheit der Geschlechter verletzt worden sei.

\* \* \*

Zum zentralen, alle anderen aktuellen politischen Fragen langsam überschattenden Thema rückt das Problem der Stellung der Schweiz zum voranschreitenden europäischen Integrationsprozess auf. Es zeichnen sich für die Schweiz drei Optionen ab, zwischen denen letzten Endes prinzipiell zu entscheiden sein wird – nämlich der Beitritt zur EG, der Alleingang und die neuerdings der Schweiz als Mitglied der EFTA offenstehende Variante der Teilhabe am zwischen EG und EFTA noch auszuhandelnden Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Diese dritte Option hat in Umrissen aufgrund von gemeinsamen Sondierungsgeträgen inzwischen Gestalt angenommen. Die definitiven Verhandlungen beginnen im Juni. Auch die Mitwirkung im EWR würde einen nicht unwesentlichen Verlust der Souveränität bedeuten, indem von in den EWR eingebundenen EFTA-Ländern die bisher im Schoss der EG geltenden Regeln und ebenso die inskünftig von der EG gefassten Beschlüsse, ohne dass mehr als ein Konsultationsrecht geltend gemacht werden kann, übernommen werden müssten! Die Tragweite einer derartigen vertraglichen und institutionellen Bindung an die EG via EWR wäre gross; sie wird noch einer gründlichen Überprüfung sowohl der wirtschaftlichen wie auch der politischen Konsequenzen bedürfen. Es erscheint so oder so als ungewiss, ob diese Lösung die Klippe der

Volksabstimmung heil umfahren kann. Die anderen beiden Optionen sind gegenwärtig noch nicht so aktuell.

In der Agenda der dringlichen politischen Geschäfte stehen nach wie vor die Regelung des Asylrechts, das vom Zustrom unechter Flüchtlinge immer mehr auf eine harte Probe gestellt wird, knifflige Verkehrsfragen und die leidige Energieproblematik im Vordergrund. In einer Sondersession anfangs Februar sind vor allem Traktanden aus dem Bereich des EVED, die vor dem aus Zeitnot verschoben werden mussten, zur Behandlung gekommen. Die beiden im

Herbst 1990 zur Volksabstimmung gelangenden Atominitiativen betreffend einen Ausstieg aus der Nutzung der Kernkraft bzw. ein Moratorium fanden in beiden Räten deutliche Ablehnung. Dies, nachdem in der Herbstsession 1989 der neue Energieartikel, der ebenfalls dem Volksverdikt entgegengeht, vom Parlament befürwortet worden war. In der gleichen Session wurde zur Bekämpfung der Bodenspekulation und Dämpfung der explosionsartig in die Höhe geschnellten Liegenschaftenpreise ein Sofortprogramm verabschiedet. Es enthält zentral eine fünfjährige Sperrfrist für den Wiederverkauf nichtlandwirtschaftlichen Bodens sowie zwei weitere interventionistische Massnahmen. In der Dezemberession wurde Bundesrat Arnold Koller ehrenvoll zum Bundespräsidenten für 1990 erkoren, während im Nationalrat Victor Ruffy (Waadt, SP), im Ständerat der Bündner Luregn Mathias Cavelty als neue Ratspräsidenten bestellt wurden.

\* \* \*



*Belgischer Staatsbesuch in der Schweiz*  
Königin Fabiola und König Baudoin statteten der Schweiz im Oktober 1989 einen offiziellen Staatsbesuch ab.  
(Photo Ringier Dokumentationsdienst, Zürich)

Am Rande zu vermerken ist, dass die Affäre Kopp mit dem Strafprozess gegen die der Amtspflichtverletzung beschuldigte ehemalige Bundesrätin mit einem Freispruch zu Ende gegangen ist. Ihre beiden mitangeklagten Mitarbeiterinnen gingen straflos aus.

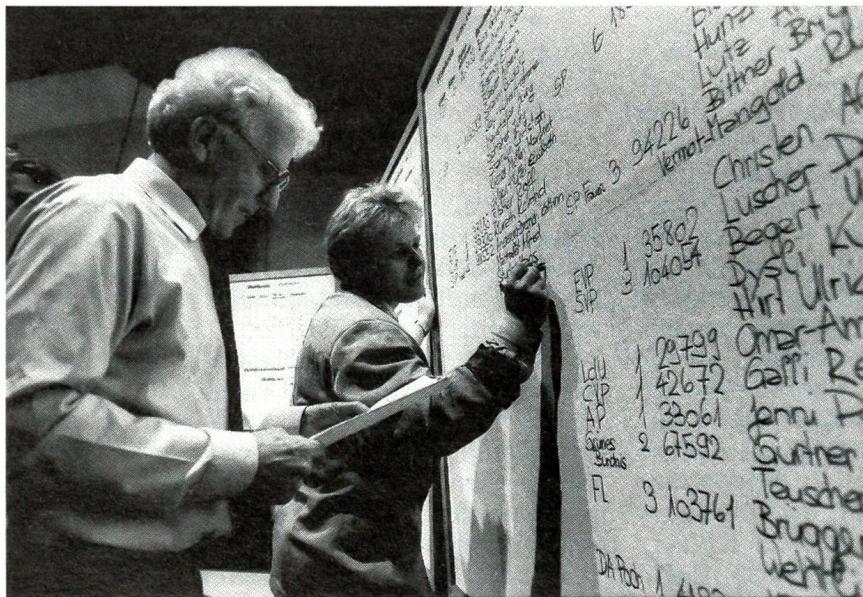
Die Bundesräte sehen sich immer mehr genötigt, zu Besuchen und Ministertreffen ins Ausland zu reisen. Aber auch in der umgekehrten Richtung schiesst die Besuchsdiplomatie ins Kraut. Ein offizieller Staatsbesuch am 24. Oktober galt dem belgischen Königspaar, während eine grosse Zahl von Arbeitsbesuchen anderer ausländischer Staatsmänner mit weniger Aufwand quittiert worden ist, darunter ein Besuch des polnischen Staatspräsidenten Jaruzelski im Februar und des italienischen Ministerpräsidenten Andreotti im Mai 1990.

Zum Schluss verdient noch das Wirken der unberechenbaren Naturkräfte Erwähnung: im Februar kam es zu mehreren Malen zu Orkanen und sintflutartigen Regenfällen, die außerordentlich schadenintensiv verlaufen sind.

Die Sturmwinde «Vivian» und «Wiebke» Ende Februar liessen Windgeschwindigkeiten bis zu 230 km/h messen und haben ganze Waldkomplexe flachgelegt und rund 2 Millionen Kubikmeter Fallholz verursacht. Die Schadensumme beträgt mehrere hundert Millionen Franken. Wiederum sind die Gebirgskantone am meisten betroffen worden. Ungewöhnlich waren auch die Witterungsverhältnisse ganz allgemein im vergangenen Winter. Die Schweiz ist monatelang so gut wie schneefrei geblieben, was den auf den Tourismus angewiesenen Gebieten enorme Ertragsausfälle bescherte und den Bundesrat sogar veranlasste, zum erstenmal für ein solches Wetterphänomen Ausfallentschädigungen an die Leidtragenden zu entrichten. Es entbehrt nicht der Ironie, dass diese Subventionen mit dem Namen «Schlechtwetterentschädigung» bezeichnet worden sind. Für wen ist welches Wetter schlecht?

In der politischen Szene des *Kantons Bern* waren einige bemerkenswerte Ereignisse zu

verzeichnen. Zum neuen Präsidenten des Grossen Rats wurde am 17. Mai der Sozialdemokrat Otto Krebs aus Twann gewählt. Gleichtags bestellte das kantonale Parlament den SVP-Regierungsrat Ueli Augsburger zum neuen Regierungspräsidenten. Mehr Gesprächsstoff als diese «Routinewahlen» lieferten freilich die am 28./29. April 1990 wieder einmal fälligen Regierungsrats- und Grossratswahlen. Besonders der Ausgang der Ausmarchung um die Sitze in der Regierung wurde mit Spannung erwartet. Auf Grund der Annahme der Initiative «7 statt 9 Regierungsräte» hat das Berner Stimmvolk die Zahl der Regierungsräte von bisher neun auf nunmehr nur noch deren sieben reduziert, und ein Wechsel in der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung lag penetrant in der Luft. In den Wahlen machten denn auch fünf Bürgerliche das Rennen dank dem von ihnen nun wieder erneuerten Wahlbündnis von SVP und FDP. Die beiden Vertreter der «Freien Liste», Leni Robert und Benjamin Hofstetter, blieben auf der Strecke. Die SP kam mit ihren Kandidaten Bärtschi (bisher) und Hermann Fehr (neu) erfolgreich über die Runden, verlor aber wegen der Wegwahl ihrer Verbündeten auf der Freien Liste die Mehrheitsposition. Als neue Regierungsräte der Freisinnigen amten nunmehr Peter Widmer (Spiez) und Mario Annoni (La Neuveville). Weniger hohe Wellen warfen die gleichtags stattfindenden Grossratswahlen, in denen die Sozialdemokraten 8 Sitze zugaben und die Bürgerlichen fünf Sitze einbüssten, ohne dass die Mehrheit der letzteren gefährdet worden wäre.



Berner Wahlen 1990

Im Berner Rathaus halten viele Helferinnen und Helfer des Wahlausschusses die laufend eintreffenden Ergebnisse der Regierungsrats- und Grossratswahlen fest.  
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

Ausser der bereits erwähnten Abstimmung über die Zahl der Regierungsräte wurde der Berner Souverän noch an die Urnen gerufen, um über das Stimmrechtsalter 18 in kantonalen und kommunalen Fragen und über das Schulmodell 6/3 zu entscheiden. Dem Stimmrechtsalter 18 wurde zugestimmt, und ebenso erhielt der Sekundarschulübertritt nach dem 6. Schuljahr mit 53,6% Ja-Stimmen das Plazet der Mehrheit. Zu Bedenken Anlass gab wieder einmal die Stimmabstimmung. In der ersten Abstimmung vom 24. Dezember (Zahl der Regierungsräte) lag sie lediglich bei kärglichen 16,2% und auch in der Schulmodell-Frage bloss bei 25,8%, während sie in den Wahlen von Ende April von 38,7% auf nunmehr nur noch 36,9% zurückging. Dass allerdings, wenn einer Abstimmungsfrage wirklich grosses Interesse entgegengebracht wird, immer noch auch eine Rekordbeteiligung möglich ist, beweist die Stimmabstimmung von sage und schreibe 93% im Amtsbezirk Laufan, wo die Volksabstimmung über die Kantonszugehörigkeit dieser heutigen Exklave, nachdem deren erste Abhaltung vom Bundesgericht für ungültig erklärt worden war, nun am 12. November wiederholt werden musste. Im Gegensatz zu vor vier Jahren hat sich diesmal eine knappe Mehrheit der Laufentaler für den Anschluss an den Kanton Baselland und nicht mehr für das Verbleiben im Kanton Bern ausgesprochen. Damit war allerdings das Gerangel um diese Frage noch nicht erledigt, haben doch die Pro-Berner prompt eine Abstimmungbeschwerde an den Grossen Rat gerichtet, welcher dieser stattgegeben hat. Es wird sich abermals das Bundesgericht letztinstanzlich zu äussern haben. Erwähnenswert ist schliesslich noch eine Abstimmung in der Stadt Bern, in welcher es darum ging, ob die Stadt an die geplante Jahrhundertfeier der Gründung Berns von 1191 durch Herzog Berchtold V. von Zähringen, die ins Jubeljahr der Eidgenossenschaft (1991) fällt, einen Beitrag von 1,8 Mio. zahlen sollte oder nicht. Mit einem hauchdünnen Ja von wenigen hundert Stimmen gaben die Stimmbürger der Stadt dazu ihre Einwilligung.

Aus dem Bereich der Rechtsprechung ist zu



*Seit zehn Jahren im Amt*  
Der Berner Stadtpräsident Werner Bircher vor seinem  
Amtssitz im Erlacherhof an der Junkerngasse  
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

vermelden, dass alt Regierungsrat Bauder am 18. August vom Berner Strafamtsgericht von der Anklage, im Zusammenhang mit Spesen der SEVA-Lotterie Amtsmisbrauch begangen zu haben, freigesprochen worden ist, ein Monat später aber alt Regierungsrat Martignoni vom Obergericht wegen Anstiftung zur Veruntreuung in der sogenannten Parteispenden-Affäre zu drei Monaten Gefängnis bedingt verurteilt worden ist. Martignoni verzichtet darauf, ans Bundesgericht zu gelangen, so dass mit dem Inkrafttreten des Verdikts nun diese sich lange hinziehende Affäre endgültig erledigt ist. Immer noch beschäftigt aber die Gemüter der Strafrechtsfall Zwahlen, nachdem durch ein zum Bestseller aufgerücktes Buch und durch ein kritisches Gutachten eines Berliner Professors neue Zweifel an der Täterschaft aufgekommen sind, obschon das Bundesgericht eine entsprechende staatsrechtliche Beschwerde am 19. Juli abgelehnt und das Vorliegen von Willkür im Prozessverlauf verneint hat. Bruno Zwahlen aus Kehrsatz war wegen Mordes an seiner Ehefrau zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden.

Unter erwähnenswerten Varia im Kanton Bern ist aufzulisten, dass die Bernischen Kraftwerke den Bau eines Sonnenkraftwerks auf dem Mont-Soleil planen, dass im Juli am Thunersee eine Geldsammlung zugunsten der Restaurierung des altehrwürdigen Raddampfers «Blümlisalp» gestartet worden ist, die rund 6 Mio. kosten soll, und dass in Bern helle Empörung herrscht, weil der Bund die Pferdeanstalt Empfa aus Rationalisierungsgründen nach Avenches verlegen will; das würde den Bruch mit einer alten Tradition bedeuten. In Adelboden ist das seinerzeit abgebrannte Grand Hotel «Regina» mit einem Kostenaufwand von 20 Mio. wieder aufgebaut worden, während das Schloss Münchenwiler nach einem 13,6 Mio. in Anspruch nehmenden Umbau als Ausbildungszentrum der Berner Hochschulen im März eingeweiht werden konnte. Das Freilichtmuseum Ballenberg scheint die

Krise überwunden zu haben; mindestens werden weitere Gebäude errichtet. Auch von Brückenrenovationen gibt es zu berichten: Ab Herbst 1991 soll die Halenbrücke für 10 Mio. saniert werden, und 1992/93 steht die Lorraine-Brücke in Bern mit 15 Mio. Kostenvoranschlag vor ihrer Renovation.

Mehr als interessantes Kuriosum darf gelten, dass die Harder-Bahn auf den Aussichtspunkt oberhalb Interlaken zum ersten Mal auch im Winter in Betrieb genommen worden ist, weil der aussergewöhnlich warme Winter mit den vielen schönen Tagen gute Frequenzen erwartet liess. Weniger kurios ist, dass der Zürcher «Tages-Anzeiger» im Februar 49% der Aktien der «Berner Zeitung» übernommen hat, so dass nun die zweit- und viertgrösste Tageszeitung der Schweiz einen neuen Pressekonzern bilden.

Zum Schluss seien in den Annalen noch der den Kanton Bern stark in Mitleidenschaft ziehende Orkan des Jahrhunderts und ein sportliches Grossereignis aufgeführt. Ende Februar sind durch Sturmwinde von kaum je registrierter Gewalt Waldschäden, Verkehrsunterbrüche, Überschwemmungen und Stromausfälle entstanden, wobei auch die Quaipromenade in Brienz unterspült und in den See gerissen worden ist. In Bern fand der wichtigere Teil der Eishockey-Weltmeisterschaft vom 16. April bis 2. Mai statt, aus welcher die Sowjetunion vor Schweden und der Tschechoslowakei als Sieger hervorgegangen ist.

*Hans Rudolf Böckli*



*Eishockey-Weltmeisterschaften 1990 in Bern und Freiburg*

Erneut erwiesen sich die Russen als beste und regelmässigste Mannschaft und holten sich den Titel vor den Schweden und den Tschechen. Unser Bild zeigt eine Szene aus dem Finalspiel Russland-Schweden.  
(Photo Keystone Press AG, Zürich)